



Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege für die Stadt Mainz Soziale Arbeit ist MehrWert.

- **ERHEBLICHER WIRTSCHAFTSFAKTOR**
- Mit über **2.000 MITARBEITER/INNEN**
- ca. **90 MILLIONEN € UMSATZ** p.a.
- Mehr als 50 % der investierten Mittel
**FLIESSEN WIEDER ZURÜCK AN DIE
ÖFFENTLICHE HAND**
- Auf **1 €**, den die Stadt Mainz investiert,
kommen zusätzlich
 - 3,70 € AUS ÖFFENTLICHEN MITTELN**
des Landes, des Bundes oder
auch der EU sowie
 - 2,00 €** aus **SPENDEN** oder aus
KIRCHENSTEUERN
- **PRÄVENTIVE STABILISIERUNG** führt zu
Kosteneinsparung
- Soziale Angebote tragen somit
FINANZIELLE FRÜCHTE
- **KOSTEN DER ERZIEHUNGSBERATUNG**
in Höhe von 3.000 € vermeiden ggf. Folgekosten
von bis zu 146.000 €
- **HOHES EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT**
zusätzlich zu den hauptamtlich Tätigen
(49.000 Arbeitsstunden / 900.000 €)

UNSER
PROFIL: **VIELSEITIG**

UNSERE
STÄRKEN: **EINMALIG**

Freie Wohlfahrtsverbände wirken in Mainz

Studie der LIGA Mainz analysiert die Bedeutung der sozialen Dienstleistungen für die Stadt

Was passiert eigentlich mit dem Geld, das die öffentliche Hand in die Angebote der freien Wohlfahrtspflege investiert? Die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Mainz hat eine Studie in Auftrag gegeben und ist der Spur des Geldes gefolgt. Aber nicht nur das. Sie fragte auch: Welche Bedeutung haben die sozialen Dienstleistungen der freien Träger für die Stadt? Wo sorgen sie sogar für Kosteneinsparungen?

Wenn wir über Soziale Arbeit sprechen, geht es immer um Menschen in speziellen Situationen. Und um qualifizierte Mitarbeiter, die hauptamtlich oder ehrenamtlich Zeit und Zuwendung aufbringen. Das ist der Moment, in dem man auch auf finanzielle Mittel und womöglich gar Rendite zu schauen hat. Wer aufs Geld schaut, muss oft mit Widerstand vor Spardruck, Kalkül, Unmenschlichkeit rechnen: Doch wer aufs Geld schaut, sieht vor allem, was hier tatsächlich geleistet wird.

Eine Privatperson, die eine kleinere oder größere Spende für eine gute Sache macht, möchte wissen, was mit ihrem Geld geschieht. Kommt es bei den Menschen an? Wird damit das unterstützt, was ich gut finde? Der Wunsch zu erfahren, was mit dem Geld umgesetzt wird ist, nachvollziehbar. Dass die Öffentlichkeit ähnliche Fragen hinsichtlich der Verwendung öffentlicher Mittel stellt, ist ein neueres, aber sinnvolles Phänomen. Denn erst wenn Klarheit über die Finanzen herrscht, kann man auch sachlich über die Inhalte sprechen. Um diese Transparenz herzustellen, hat die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände das Institut xit forschen. planen. beraten. aus Nürnberg beauftragt, den sogenannten Social Return on Investment (SROI, siehe Infobox) exemplarisch für eine Auswahl von Trägern in Mainz zu analysieren. Prof. Dr. Hans-Christoph Reiss von der Hochschule in Mainz begleitet das Projekt ebenfalls.

Die freie Wohlfahrtspflege ist ein riesiger Wirtschaftsfaktor für Mainz

Große Unternehmen verbindet man sofort mit ihren Produkten und Dienstleistungen. Sie stehen für Arbeitsplätze, Steuerzahlungen, Nutzen für den Konsumenten, Steigerung des Gemeinwohls, Bereicherung der regionalen Wirtschaft. Kaum im Blick ist, dass soziale Organisationen genauso Teil des Wirtschaftssystems sind. Und dazu kommt: Geld, das aus der öffentlichen Hand in Soziales fließt, kommt auch an die öffentliche Hand zurück – direkt und indirekt.

Die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Mainz steht für einen Gesamtumsatz von rund 90 Millionen Euro im Jahr 2014 – und beschäftigt fast 2.000 Mitarbeiter. Darin sind die Krankenhäuser und die von Kirchengemeinden getragenen Kindertagesstätten noch gar nicht enthalten. Zum Vergleich: Der 1. FSV Mainz 05 reicht mit seinem Rekord-Jahresumsatz 2013/2014 von 76,7 Millionen Euro nicht an die Wohlfahrtsverbände heran. Die weit über die Region hinaus bedeutsame Großbäckerei Ditsch aus Mainz verzeichnete 2011 laut Nachrichtenmagazin Focus 110 Millionen Euro Umsatz.

Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft machen die beiden kirchlichen Verbände Caritas und Diakonie etwa ein Fünftel aus. Für sie wurde eine SROI-Analyse für ihr gesamtes Angebot an sozialen Dienstleistungen im Mainzer Einzugsgebiet durchgeführt, um die Bedeutung für die Stadt exemplarisch zu untersuchen.

Die beiden untersuchten kirchlichen Träger in Mainz beschäftigen z.B. fast 600 Mitarbeiter, davon leben rund 200 in der Stadt Mainz. In ihre ambulanten und stationären Leistungen der Pflege und Eingliederungshilfe, in Beschäftigungsangebote sowie Beratung und offene Hilfen investierte die öffentliche Hand im Jahr 2014 knapp 17 Millionen Euro. Etwa ein Fünftel davon (3,4 Millionen) kommt von der Stadt Mainz, die damit einen wichtigen Beitrag zu den sozialen Angeboten in der Stadt leistet. Zusätzlich zu den öffentlichen Mitteln finanzieren die Verbände die Angebote durch eigene, kirchliche Mittel. Außerdem brachten Ehrenamtliche im gleichen Jahr insgesamt 49.000 Stunden Arbeit im Wert von 888.000 Euro ein.

Soziale Dienstleistungen sind weniger teuer als man vermutet.

Das Geld, mit dem die öffentliche Hand und die Kirchen soziale Dienstleistungen finanzieren, ist aber nicht einfach verbraucht. Die Untersuchung der beiden Verbände Caritas und Diakonie in Mainz hat für das Jahr 2014 gezeigt, dass mehr als die Hälfte der öffentlichen Mittel direkt wieder zurück an die öffentliche Hand fließen. Denn die Organisationen wie Seniorenheime, ambulante Pflegedienste oder Beratungsstellen beschäftigen Mitarbeiter, kaufen vor Ort ein und beauftragen Handwerksleistungen. Die daraus entstehenden Lohnsteuern, Solidaritäts- und Sozialversicherungsbeiträge und Steuern summieren sich auf 54% der öffentlichen Mittel. Oder anders ausgedrückt: Wenn die öffentliche Hand 100 Euro für Leistungen ausgibt, die die beiden Wohlfahrtsverbände für die Mainzer erbringen, nimmt sie 54 Euro direkt wieder ein. Wenn die Gesellschaft in Soziales investiert, investiert sie also immer auch in die eigenen Sozialsysteme, nicht nur in die Lebensqualität der Menschen.

Die Investitionen der Stadt Mainz in Soziales tragen Früchte

Nun fließt der größte Teil der genannten 54 Euro an öffentliche Kassen der Bundesebene. Große Teile der Lohnsteuern und Mehrwertsteuern beispielsweise nimmt der Bund ein, auch die Länder erhalten einen Anteil. Das Meiste geht an die Sozialversicherungen: Rentenversicherung, Krankenversicherungen, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. In der Stadt Mainz selbst bleibt von diesen Rückflüssen nur ein sehr kleiner Teil hängen: Von 100 Euro, die die Stadt Mainz investiert, fließen nur 10 Euro direkt wieder an sie zurück, obwohl es sich meist um soziale Leistungen handelt, zu denen die Stadt gesetzlich verpflichtet ist.

Auch wenn die Stadt weniger von den direkten Rückflüssen weniger profitiert, tragen die Angebote der Wohlfahrtsverbände in Mainz Früchte. Sie wirken zum einen wie ein Magnet, der vor Ort Beschäftigung und Wohlfahrt für die Bevölkerung schafft. Auf einen Euro, den die Stadt Mainz in die Angebote der freien Träger investiert, kommen 3,70 Euro aus öffentlichen Mitteln des Landes, des Bundes oder auch der EU sowie 2 Euro aus Spenden oder aus Kirchensteuern. Und zum anderen zeigt die Untersuchung, dass sich die Investition auch anderweitig auszahlt. Die Angebote unterstützen und qualifizieren Menschen, beraten sie in schwierigen Lebenslagen, verhelfen ihnen zu Stabilität und Selbständigkeit in ihrem Leben. Das vermeidet an ganz anderen Stellen Kosten, auch für die Stadt Mainz. Die Studie hat am Beispiel der Gemeinwesenarbeit des Mainzer Kinderschutzbundes (Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband) und der Erziehungsberatung unterschiedlicher Träger in Mainz herausgearbeitet, welche Wirkungen hier entstehen und an welchen Stellen dadurch Kosten eingespart werden.

Wirkungen der Gemeinwesenarbeit

Ein Beispiel für Gemeinwesenarbeit in Mainz ist der Nachbarschaftstreff in Laubenheim. Zwei Mitarbeiterinnen des Kinderschutzbundes und viele Ehrenamtliche organisieren Beratung, Bildungs- und Freizeitangebote für alle Bewohner des Viertels. Die Siedlung ist kulturell sehr bunt gemischt, die rund 300 Menschen stammen aus zwanzig verschiedenen Nationen. Meist sind es kinderreiche Familien mit niedrigen Einkommen. Wo viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und in allen Altersgruppen auf relativ engem Raum wohnen, ist das Zusammenleben nicht immer ganz einfach. Wirtschaftliche Nöte bringen die Familien und oft vor allem die Kinder und Jugendlichen meist auch in anderen Lebensbereichen in Bedrängnis.

Der Nachbarschaftstreff ist ein Ort der Begegnung, wo sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene einfach treffen und austauschen können. Sie finden dort auch professionelle Ansprechpartner, die in allen Problemlagen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Freizeitangebote für alle Altersgruppen sollen die Gemeinschaft stärken, Toleranz fördern und Konflikte vermeiden. Die Gemeinwesenarbeit soll dabei nicht die Probleme lösen, sondern die Gemeinschaft, die Familien und die Menschen so unterstützen, dass sie schwierige Lebenslagen selbst bewältigen können. Wichtig sind hierbei die Angebote speziell für Kinder und Jugendliche zur Hausaufgabenbetreuung, Lernförderung und Internet-Cafés. Sie finden hier Ruhe, Konzentration und Zusammenhalt.

Die städtische Wohnbau AG stellt dafür zwei Räume mitten im Wohnviertel zur Verfügung und fördert die Arbeit inklusive der Räume mit knapp 95.000 Euro im Jahr (2014), die Stadt übernimmt außerdem Personalkosten in Höhe von 23.000 Euro. Oder anders ausgedrückt: Für die Stadt Mainz und ihr Wohnbauunternehmen kostet der Nachbarschaftstreff 322 Euro pro Tag. Die Arbeit der Ehrenamtlichen hat einen zusätzlichen Gegenwert von 77 Euro pro Tag.

Diese Investitionen lohnen sich, wie die Analyse der Wirkungen konkreter Fallbeispiele zeigt. Zum einen werden durch den Nachbarschaftstreff andere Angebote der Stadt entlastet, seien es Freizeitangebote oder Hortplätze. Ein Hortplatz wird im Schnitt mit 14,40 Euro pro Tag von Bund und Land bezuschusst. Die Stadt Mainz trägt die verbleibenden Kosten, die nicht über Elternbeiträge eingenommen werden können. Die Eltern der Siedlung in Laubenheim sind in der Regel allerdings davon befreit. Bei rund zwanzig Kindern bedeutet das alleine für Bund und Länder eine Einsparung von 288 Euro pro Tag.

Jeder Fall, bei dem die Gemeinwesenarbeit durch frühzeitiges Erkennen oder frühzeitige Maßnahmen der Beratungsstellen die Notwendigkeit von Jugendamtsmaßnahmen in Form von Hilfen zur Erziehung verhindern kann, vermeidet für die Stadt Mainz Kosten zwischen rund 1.000 Euro (Erziehungsberatung) und 17.250 Euro (Sozialpädagogische Erziehungshilfe). Rechnet man die durchschnittliche Dauer dieser Maßnahmen mit ein, liegt das Einsparpotenzial je nach Maßnahme pro Person bei 29 bis 50 Euro pro Tag.

Die Stadt Mainz tritt für die ganze Siedlung auch in der Rolle des Vermieters auf. Auch hier hilft die Gemeinwesenarbeit Kosten zu vermeiden. Die Beratung dreht sich häufig um Probleme im Bereich des Wohnens. Jede vermiedene Zwangsräumung spart für die Wohnbau AG im Durchschnitt mindestens 1.600 Euro für die Räumung selbst, 1.900 Euro für Gerichtsprozesse und bis zu 3.000 Euro an Mietausfall während einer Zwangsräumungsklage. Müsste die Wohnbau AG die Mieter im eigenen Infopoint beraten, müsste dort das Personal um geschätzte 377 Euro im Monat, also 12,40 Euro pro Tag aufgestockt werden.

Wirkungen der Erziehungs- und Familienberatung

Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind ein wichtiges Angebot, das die Wohlfahrtsverbände für die Stadt Mainz bereitstellen. Sie arbeiten im gesetzlichen Auftrag im Bereich der sogenannten Hilfen zur Erziehung und erhalten dafür von der Stadt Mainz im Jahr rund 575.000 Euro und vom Land Rheinland-Pfalz rund 200.000 Euro.

Kinder, Eltern, Alleinerziehende und pädagogische Fachkräfte, aber auch Menschen in Lebenskrisen erhalten unkompliziert, schnell und kostenfrei professionelle Beratung. Auch Unterstützung durch Pädagogen und Psychologen wird angeboten. Über 1.400 Rat- und Hilfesuchende wendeten sich im Jahr 2014 an die Beratungsstellen der Caritas, der Diakonie, des Kinderschutzbundes und des Kinderschutzzentrums in Mainz. Zwölf Vollzeitberaterinnen und -berater sind hierfür im Einsatz. Die größte Bedeutung haben Trennungs- und Scheidungsberatung, Lebensberatung in Krisensituationen und frühe Diagnostik bei Teilleistungsstörungen (beispielsweise Lese-Schreib-Schwäche).

Im Bereich der Trennungs- und Scheidungsberatung geht es in den meisten Fällen darum, Kindern und Eltern aus konfliktreichen Situationen herauszuhelfen. Emotionale Belastungen werden abgemildert und ein oft für alle Beteiligten folgenschwerer Kontaktabbruch zwischen Kindern und Elternteilen verhindert bzw. Beziehungen gefördert oder neu hergestellt.

Die Lebensberatung in Krisensituationen nehmen Menschen in Anspruch, die in der Gestaltung ihres Lebens so stark überfordert sind, dass sie die Krise alleine nicht bewältigen können. Manchmal ist es die Trauer um einen Angehörigen, manchmal der Umgang mit einer psychischen Erkrankung bei sich oder dem Partner, der Verlust des Arbeitsplatzes, die Trennung vom langjährigen Partner, der drohende Abbruch eines Studiums durch Prüfungsangst, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Vergleichbares lässt sich im Bereich der Bildung feststellen. Störungen in einzelnen schulischen Bereichen können, müssen aber nicht Symptome für Problemlagen im familiären Bereich oder emotionalen Belastungen des Kindes sein. Die Chancen auf eine erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn stehen deutlich besser, wenn sich die Gründe abmildern lassen. Eine gute Förderung bzw. Therapie hilft, wenn es gelingt, konstruktiv mit der Teilleistungsstörung umzugehen und die Nachteile auszugleichen.

Ziel der Beratungen ist es zunächst, die Problemlagen und mögliche Ursachen zu erkennen und den Druck aus der Situation zu nehmen. So lässt sich eine weitere Eskalation mit noch größeren Belastungen und Schädigungen verhindern. Entlastung und Stabilisierung sind hier die ersten Schritte, erst dann ist es möglich, die Lage zu verstehen und an der selbständigen Bewältigung und Neuanfängen zu arbeiten.

Erziehungs- und Familienberatung kann Kosten vermeiden, die entstehen, wenn die Ratsuchenden keine Unterstützung in der Bewältigung ihrer schwierigen Lage erhalten und die Situation eskaliert. Das gesetzlich verankerte Hilfsangebot und seine öffentliche Finanzierung folgen also nicht allein dem Gebot der

Nächstenliebe. Die Gesellschaft investiert in das würdevolle Aufwachsen und Leben von Kindern, deren Familien und anderen Hilfesuchenden und ganz nebenbei auch in die Entlastung der Sozialsysteme.

Typisches Fallbeispiel aus der Trennungs- und Scheidungsberatung

Betrachten wir ein Fallbeispiel, das sehr typisch für die Trennungs- und Scheidungsberatung ist: Ein Vater von drei Kindern lebt getrennt von seiner Familie. Die Beziehung zu den Kindern gestaltet sich schwierig – der älteste Sohn reagiert ablehnend und aggressiv auf den Vater. Die Aggression bekommen auch die Geschwister zu spüren. Der Vater leidet so stark unter der Ablehnung seiner Kinder, dass er arbeitsunfähig ist und depressive Phasen erlebt. Auch an Selbstmord hat er schon gedacht.

Der Vater sucht die Erziehungs- und Familienberatungsstelle auf. Mit Hilfe mehrerer Gespräche in der allgemeinen Lebensberatung stabilisiert sich seine persönliche Verfassung und er beginnt, sein Verhalten den Kindern gegenüber zu überdenken und zu verändern. Eine Psychologin der Erziehungs- und Familienberatungsstelle begleitet über ein paar Monate den Vater und die Kinder, wenn sie sich einmal in der Woche treffen. Sie bereitet die Treffen anfangs jeweils separat mit den Kindern und dem Vater vor. Begleitend finden weitere Beratungsgespräche mit dem Vater statt. Die Kinder und der Vater bauen schrittweise eine neue Beziehung auf. Vor allem der älteste Sohn spürt die Veränderung. Und dass der Vater wieder präsent für die Familie ist, befreit ihn auch von seinem Rollenkonflikt und er hört auf, seine Geschwister zu schlagen.

In dem halben Jahr, in dem der Vater und die Kinder begleitet werden, sind die Psychologen der Beratungsstelle fast 60 Stunden mit dem Fall beschäftigt. Die Stadt Mainz und das Land Rheinland-Pfalz, die diese Leistung finanzieren, geben dafür rund 3.200 Euro aus.

Für den Vater hingegen ist der neu gewonnene Kontakt zu seinen Kindern unbezahlbar. Er hat seine Lebensfreude wieder gewonnen und arbeitet auch wieder. Führt man sich vor Augen, welche drohenden Eskalationen für diese Familie möglicherweise verhindert wurden, zeigt sich, dass die Beratung als frühzeitige Präventionsmaßnahme an anderer Stelle Kosten einsparen kann.

Kinder: Dauerhafte emotionale Belastung kann bei Kindern zu Verhaltens- und Entwicklungsstörungen (bspw. Bettnässen, Aufmerksamkeitsstörung, Rowdytum, selbstverletzendes Verhalten) bis hin zu psychischen Erkrankungen führen (bspw. Depression, Essstörung, Angststörung). Je nachdem, wie schwer das Kind betroffen ist, können psychotherapeutische Behandlungen oder stationäre Klinikaufenthalte notwendig werden. Die Jugendhilfe ist in solchen Fällen häufig gefordert mit sozialer Gruppenarbeit bis hin zur Fremdunterbringung in stationären Wohngruppen. Hieraus könnten – vorsichtig geschätzt – Kosten von 7.800 Euro bis zu 130.000 Euro alleine für die Folgenbehandlung bei den Kindern entstehen.

Vater: Eine sich verfestigende Depression benötigt eine psychotherapeutische Behandlung und ggf. eine Medikamententherapie, häufig aber einen mindestens vierwöchigen stationären Klinikaufenthalt und intensive Nachbehandlung. Die damit einhergehende Arbeitsunfähigkeit kann ggf. noch über die Lohnfortzahlung ausgeglichen werden, aber bei einer längerfristigen Erkrankung greifen Kranken- und Übergangsgeld, medizinische und eventuell berufliche Rehabilitation. Nimmt man nur die offensichtlichsten Folgekosten zusammen, wären das in diesem Fall – ebenfalls vorsichtig geschätzt – zwischen 4.700 Euro und 16.600 Euro.

Investiert die öffentliche Hand 3.000 Euro in die Erziehungs- und Familienberatung, können in diesem Beispielfall also Kosten für die Sozialsysteme (hier: Krankenversicherung, Rentenversicherung, Kinder- und Jugendhilfe) in Höhe von bis zu 146.000 Euro vermieden werden.

Diese Rechnung anzustellen bedeutet nicht, dass es der Beratung immer gelingt, die drohenden Eskalationen abzuwenden. Dies wäre auch eine weltfremde Annahme. Aber selbst bei großem Optimismus liegt das Verhältnis von Investition zu Einsparung bei fast 1:4, im pessimistischen Szenario sogar bei 1:45. Auch wenn es also nicht immer in der Hand der Beratungsstellen liegt, das Schlimmste zu verhindern: Gelingt es, Eskalationen abzuwenden, sind der Wert für die Betroffenen unbezahlbar und die Einsparung der öffentlichen Hand so groß, dass es sich immer lohnt ein breites Beratungsangebot vorzuhalten.

Bei Vermeidung der Folgen	Eingesparte Brutto-Kosten (Schätzbeispiele, keine vollständige Abbildung, Parameter so aktuell wie möglich, kein Inflationsausgleich)	
	optimistisch	Pessimistisch
Emotionale Belastung (3 Geschwister)	0 €	Durchschnittliche Kosten Verhaltenstherapie: 4.244 € Im schwersten Fall bei drei Kindern: 12.372 €
Psychische Auffälligkeit (3 Geschwister)	Durchschnittliche Kosten Verhaltenstherapie bei einem Geschwisterkind 4.244 €	Durchschnittliche Kosten für akute stationäre Behandlung in der Kinder- u. Jugendpsychiatrie Mainz: 7.997 €. Im schwersten Fall bei drei Kindern: 23.991 €
Intervention Jugendhilfe/ Fremdunterbringung (ältester Sohn)	Durchschnittliche Kosten für soziale Gruppenarbeit über 6 Monate: 3.600 €	Durchschnittliche Kosten für Heimunterbringung über 18 Monate: 93.085 €
Zwischensumme Kinder	7.844 €	129.448 €
Psychische Erkrankung: Depression (Vater)	Durchschnittliche Kosten tiefenpsychologische Psychotherapie in leichten Fällen: 4.715 €	Durchschnittliche Kosten für akute stationäre Behandlung (leicht bis mittelschwere Fälle) in der Psychiatrie und Nachbehandlung: 10.315 €
Finanz. Verschlechterung/ Arbeitsunfähigkeit (Vater)	Unter 6 Wochen Arbeitsunfähigkeit	Durchschnittliche Kosten für medizinische Reha (Rentenversicherung) 6.284 €
Zwischensumme Vater	4.715 €	16.599 €
Summe	12.559 € optimistisch	146.047 € pessimistisch

Die Rechenparameter sind auf Nachfrage erhältlich.

Weiterführende Informationen:

Regine Schuster
Stv. Landesgeschäftsführerin
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.
Geschäftsstelle Mainz
[Drechslerweg 28, 55128 Mainz](https://www.drechslerweg28.de)
Telefon: [06131-93680-10](tel:06131-93680-10)
Telefax [06131-93680-50](tel:06131-93680-50)
eMail: regine.schuster@paritaet-rps.org

Prof. Dr. Hans-Christoph Reiss
Institut für angewandtes Management in der Sozial-
und Gesundheitswirtschaft
Hochschule Mainz | University of Applied Sciences
Fachbereich Wirtschaft | School of Business
Lucy-Hillebrand-Str. 2 | 55128 Mainz
Telefon: 06131-6283249
Telefax: 06131-6283629
eMail: Reiss@ifams.de

Wer steckt hinter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (AGW) in Mainz?

Die Freie Wohlfahrtspflege wirkt als Teil der Sozialwirtschaft auf eine solidarische, gerechte, inklusive Gesellschaft hin und ist damit Dritter Sektor neben dem Staat und der gewinnorientierten Privatwirtschaft.

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Rotes Kreuz, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband und Stadtjugendring sind gemeinwohlorientiert und wertegebunden tätig.

Sie bestehen neben den öffentlichen (kommunalen) und den privatgewerblichen Trägern und werden auch als freigemeinnützige Träger bezeichnet. Die AGW treten zum einen als

- Interessensvertreter der ihr angeschlossenen Trägerverbände auf
- als sozialpolitischer Anwalt für Menschen in schwierigen Lebenslagen
- und als Dienstleister vielfältiger Angebote für alle Personengruppen.

Ihre Leistungen erbringen sie nach dem von der Verfassung geprägten Grundsatz der Subsidiarität.

Was bieten die Mainzer Wohlfahrtsverbände alles an?

Sie leisten für die soziale Gestaltung des Gemeinwesens in Mainz einen wesentlichen Beitrag. Viele Bürgerinnen und Bürger in Mainz kommen auf die eine oder andere Weise während ihres Lebens mit Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände in Berührung und profitieren von deren Hilfsangeboten. Ihre Dienstleistungen reichen u.a. von der frühkindlichen Bildung und Betreuung, unterschiedliche Beratungsstellen, Einrichtungen für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen bis hin zu Altenpflege-, Wohn- oder Pflegeeinrichtungen.

Die Freie Wohlfahrtspflege kommt ihren Aufgaben in verbandlichen und unternehmerischen Strukturen nach und bildet mit der Beschäftigtenanzahl und seinem Umsatzvolumen einen Wirtschaftsfaktor in der Landeshauptstadt Mainz.

Social Return on Investment

Wer bezahlt (Staat), möchte wissen, welche Leistung er dafür erhält – wer bezahlt wird (Dienstleister), möchte seine Leistung gewürdigt wissen. *Soziale Dienstleistungen* erfolgen als öffentliche Leistungen in einem Dreiecksverhältnis: Derjenige, der für eine Leistung bezahlt, ist in der Regel nicht der, dem die Leistung direkt zu Gute kommt. Um den Nutzen sozialer Dienstleistungen transparenter zu machen, hilft die Betrachtung der Wertschöpfung sozialer Dienstleistungen. Der *Social Return on Investment* (SROI) ist ein Verfahren zur Berechnung der gesellschaftlichen, insbesondere monetären Wertschöpfung sozialer Unternehmen und Einrichtungen. Eine solche Betrachtung hat eine die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände in Mainz beim Institut *xit forschen. planen. beraten.* beauftragt.

Die Studie macht transparent, welches Gewicht die größten Anbieter sozialer Dienstleistungen für die Stadt Mainz haben. Und sie stellt exemplarisch an der Gemeinwesenarbeit des Kinderschutzbundes und der Erziehungsberatung verschiedener Träger dar, welche Wirkungen Sozialarbeit für die Menschen erzielt und wie sie an anderer Stelle für die Allgemeinheit Kosten spart.

Das Beratungsinstitut *xit forschen. planen. beraten.* hat gemeinsam mit der Evangelischen Hochschule Nürnberg (Prof. Dr. Klaus Schellberg) und der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (Prof. Dr. Bernd Halfar) das aus den USA stammende Konzept SROI für die Situation des deutschen Wohlfahrtsstaates adaptiert und bereits rund 70 Organisationen unterschiedlichster Dienstleistungsbereiche der Sozialen Arbeit analysiert.

In soziale Unternehmen fließen diverse Arten öffentlicher Transferleistungen: Leistungsentgelte, Zuschüsse, Erstattungen, Zuwendungen, Subventionen, Steuerprivilegien etc. In der grundlegenden Perspektive des SROI interpretiert man diese Transfers als Sozialinvestitionen und fragt nach den Rückflüssen (Returns), die wiederum die öffentliche Hand einnimmt, und nach den gesellschaftlich eingesparten Kosten. Aber auch Effekte, die sich nicht in Geld ausdrücken lassen, werden als Teil der Rückflüsse gesehen. Auf diese Weise werden die tatsächlichen Gesamtkosten und die Wirkungen für die Gesellschaft transparent.

Mehr über diesen Ansatz, weitere Projektbeispiele und Artikel finden Sie unter www.xit-online.de/kompetenzen/social-return-on-investment